

Tisch-Vorlage für die Sitzung des Senats am 24.09.2019

„Bremen kein Reallabor der Energiewende“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

A. Problem

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Bremen kein „Reallabor der Energiewende“

1. Inwiefern haben sich Bremische Akteure für den „Ideenwettbewerb Reallabore der Energiewende“ des BMWi beworben?
2. Wie bewertet der Senat, dass kein Bremisches Konsortium unter den 20 Gewinnern des Ideenwettbewerbs ist, vor dem Hintergrund der Pläne der Koalition in den Bereichen Wasserstoffökonomie, Power-to-X-Technologie, Sektorenkopplung, Energiespeicher und energieeffiziente Quartiere?
3. Welche anderen Förderprogramme des Bundes kommen zur Förderung entsprechender Modellvorhaben infrage und inwiefern plant der Senat, diese im Zusammenspiel mit Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft im Land Bremen zu nutzen?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Nach Kenntnis des Senats ist die Universität Bremen mit dem Fachgebiet Resiliente Energiesysteme als Unterauftragnehmer in den erfolgreichen Antrag „Westküste 100“ aus Heide in Schleswig-Holstein involviert.

Es ist möglich, dass sich weitere Akteure im Rahmen von Konsortien anderer Regionen beworben haben, von denen der Senat keine Kenntnis hat.

Zu Frage 2:

Projektskizzen für den Wettbewerb "Reallabore der Energiewende" konnten bis zum 5.04.2019 eingereicht werden. Es wurde näher geprüft, ob im Zuge der Entwicklung der Luneplate zu einem grünen Gewerbegebiet in Bremerhaven ein Antrag gestellt werden kann. Voraussetzung für die Antragstellung war ein von den Unternehmen zu erbringender signifikanter Eigenanteil. Zudem sind mehrere Industrie- bzw. Konsortialpartner notwendig.

Zum Zeitpunkt der Bewerbung gab es vor diesem Hintergrund im Land Bremen keine Initiativen die die Kriterien für eine Antragstellung erfüllen konnten und die der Senat hätte unterstützen können.

Im Zuge der norddeutschen Zusammenarbeit zum Thema Wasserstoff begrüßt der Senat die genehmigten Reallabore in Norddeutschland. Sie adressieren die in der Frage angesprochenen Themen.

Zu Frage 3:

Bremische Projekte können sich in allen Förderschienen des 7. Energieforschungsprogramms bewerben. Weitere relevante Programme sind die Bundesförderung Wasserstoff und Brennstoffzelle und das Forschungs- und Innovationsprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, das unter anderem Maßnahmen zur Nutzung von grünem Wasserstoff und zur marktfähigen Erzeugung von grünem Wasserstoff enthält.

Im Rahmen der Bundesförderung Wasserstoff wird derzeit ein Projektantrag erstellt. In Zusammenarbeit zwischen EWE und swb ist ein Konsortium mit Partnern u.a. in Bremen, Bremerhaven, Cuxhaven und Oldenburg vorgesehen. Der Fokus liegt auf der Schwerlast-Mobilität und der Tankstelleninfrastruktur. Es sollen Brennstoffzellenfahrzeuge im Bereich des ÖPNV und der Entsorgung angeschafft werden. Der Antrag soll zum 30. September dieses Jahres eingereicht werden.

Der Senat beabsichtigt, in Bremen und Bremerhaven Wertschöpfungsketten zur Anwendung von grünem Wasserstoff zu etablieren. Dies ist im Koalitionsvertrag festgehalten. Um die Chancen zu nutzen sucht der Senat die Kooperation mit den norddeutschen Ländern und wird zeitnah weitere Gespräche führen.

C. Alternativen

Keine Alternativen.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Mit der Beantwortung der Fragen sind keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen verbunden. Frauen und Männer sind gleichermaßen betroffen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau ist abgeschlossen. Die Abstimmung mit der Senatorin für Wissenschaft und Häfen und dem Magistrat Bremerhaven ist erfolgt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Die Senatsvorlage kann nach Beschlussfassung über das zentrale elektronische Informationsregister veröffentlicht werden.

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa vom 20.09.2019 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der CDU in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.